Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 22 (1928)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau : zur Chronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

b) Theoretischen Unterricht (Düngungslehre, Gemüsebau, Beerenobst, Blumenzucht).

Botanik: Aus dem Leben der Pflanzen.

Der Kurs wird von einer erfahrenen Gartenbaulehrerin geleitet. Aufnahme-Bedingungen: Zurückgelegtes 14. Altersjahr, gute Gesundheit.

Die Schülerinnen wohnen im Heimetli und es wird sowohl der seelischen wie der körperlichen Entwicklung der jungen Mädchen alle Aufmerksamkeit geschenkt.

Es wird täglich 7—8 Stunden praktisch gearbeitet, die Abende, die Sonntage, sowie die freien Nachmittage werden durch gemeinsamen Gesang, Wanderungen, Spiele und Baden im See so froh als möglich gestaltet.

Das Kursgeld mit Verpflegung beträgt Fr. 650.—, Wäsche inbegriffen. Es kann in besondern Fällen teilweise erlassen werden. In diesen Kurs können auch externe Schülerinnen aufgenommen werden. Kursgeld für Externe 500 Franken.

Da im Heimetli gleichzeitig auch Kurse in Haushalt und Kinderpflege stattfinden, ist den Gartenbauschülerinnen auch die Möglichkeit geboten, an jenen Kursen teilweise teilzunehmen.

Alles Nähere durch die Leiterinnen des Heimetli

Anna Schmid und Isa Staehelin.

Rundschau

Zur Chronik.

Es ist wohl nicht nur der Eindruck des Chronisten, der vielleicht seinen Blick einseitig eingestellt haben könnte (und gewiss auch hat, ein anderer würde sein Augenmerk auf ganz andere Dinge richten), dass

der Kampf gegen den Krieg

immer sehr stark im Vordergrunde des weltpolitischen Geschehens stehe. Die amerikanisch-französischen Verhandlungen über einen „ewigen Frieden" sind vorläufig so ausgelaufen, dass Skeptiker wohl den alten Vers zitieren könnten:

Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.[1])

Jedenfalls ist vom Völkerbund diese Gefahr (falls es wirklich eine war) abgewendet. Es gibt orientierte Beurteiler, die den amerikanischen Versuch für ernsthaft und aufrichtig halten. Jedenfalls ist nun das Stichwort von der „Aechtung des Krieges" in die Weltdiskussion geworfen und wird seine Wirkung tun. Es wird die Amerikaner mit der europäischen Friedensbewegung in Verbindung halten. Gerade dieses Stichwort geht von Kreisen aus, die zwar meistens Feinde des Völkerbundes sind, denen es aber mit dem Kampf gegen den Krieg sehr ernst ist. Der Umstand, dass die Regierung von sehr einflussreicher Seite aufgefordert werden soll, die Verhandlungen wegen dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof wieder aufzunehmen, scheint ebenfalls zu zeigen, in welcher Richtung sich trotz allem die amerikanische Entwicklung bewegt, gerade wie auf der andern Seite die Kaltstellung des Admirals, der die Hintergedanken der dortigen Wassermilitaristen ausschwatzte. (Man kann scheints auch ohne Wein dumme Sachen sagen!) Wo würde man anderwärts mit einem hohen Militär so rasch abfahren, wenn er törichtes Zeug gegen Nachbarn redete? Man brächte nicht einmal zu einem offiziellen Tadelswort den Mut auf. So war wohl auch die Rede von Coolidge auf dem panamerikanischen Kongress

[1]) Es kreissen die Berge, geboren wird eine lächerliche Maus.

nicht reine Heuchelei, sondern mehr ein Stück Selbstbetrug. Das Vorgehen in Nicaragua ist vielleicht auch nicht ganz so schlimm, wie es aussieht (es scheint, dass man wirklich von beiden Seiten die Vereinigten Staaten gerufen hat), obschon es immer noch arg bleibt. Viel schlimmer noch ist das neue Flottenbauprogramm, das die unerhörte Summe von 15 Milliarden Franken für neue Kriegsschiffe, die in den nächsten acht Jahren zu bauen wären, vorsieht. Sollte das wirklich gegen England gerichtet sein? Dann sähe es fast wie eine Nemesis aus! Nun muss aber doch betont werden, dass sowohl gegen das Vorgehen in Nicaragua als gegen diese Flottenraserei drüben eine gewaltige Opposition entstanden ist, besonders von Seiten der Pazifisten, der Kirchen und der Frauen, wie berichtet wird. Im Organ der Unitarier, dem „Christian Register", wird dieses Programm, falls es angenommen würde, schlechtweg als Mord (murder) bezeichnet, und eine der wichtigsten Zeitungen Amerikas und der Welt, die „New York Times", schreibt darüber: „Es ist schlimmer als Verrücktheit, es ist Tollheit. Es ist eine Provokation, für die es am ganzen Horizont der Weltpolitik nicht einen Schatten von Begründung gibt. Wir haben eine solche Flottenbaupolitik heute nicht nötig; der Versuch aber, dem Kongress und dem Präsidenten auch für die Zukunft, wo die Verrücktheit eines solchen Jingoismus sogar noch offenkundiger sein mag, die Hände zu binden, ist der Gipfel des Blödsinns. Das friedliebende Volk unseres Landes sollte sein Missfallen über einen solchen Vorschlag in Washington so deutlich kund tun, dass der Kongress es nicht wagen darf, auf eine so unverantwortliche, verschwenderische und gottvergessene Art auf Jahre lang die Völker zu beleidigen." Das ist ein deutlicher Ton der Posaune und das ist auch Amerika!

Bei uns, diesseits des Atlantischen Ozeans, haben Stresemann und Briand diesmal nicht zu Thoiry, aber am etwas unordentlichen Frühstückstisch Europas ein diplomatisches Gespräch geführt. Die Räumung der Rheinlande sollte selbstverständlich so rasch als möglich geschehen, damit in Deutschland den Nationalisten der Agitationsstoff ausgehe. Doch sollte man in Deutschland, scheint mir, allgemein einsehen, dass dazu ein „Ost-Locarno" nötig ist. Denn im Osten vornehmlich liegen nach Locarno die Schwierigkeiten der französischen Politik. Die Absichten jener deutschen Kreise, die man als eine Gefahr betrachten muss, zielen zunächst nach Osten, vor allem gegen Polen; dieses zu schützen aber fühlt sich Frankreich verpflichtet. Die Affäre von St. Gotthard an der österreichisch-ungarischen Grenze, welche die italienischen Waffenlieferungen an Ungarn aller Welt kund machte, zeigt aufs neue, dass Ungarn ein weiterer östlicher Brandherd ist, wozu natürlich im Südosten Mussolinis Spiel auf dem Balkan kommt, wo übrigens neben dem Rassenkrieg auch der soziale Bürgerkrieg unter der Decke, welche die blutigste Gewaltherrschaft darüber breitet, weitergeht. Bestrebungen, die eifrig eine Balkanföderation fordern und aus aller Welt unterstützt werden, kommen vorläufig nicht dagegen auf, vielleicht auch, weil sie ein wenig kommunistische Farbe tragen. Etwas gebessert hat es zwischen Polen und Litauen, was entschieden ein Verdienst des Völkerbundes ist.

Jedenfalls ist der europäische Osten vorläufig das wichtigste Feld der Friedensarbeit. Hier muss es zu einer Friedensordnung kommen. Ohne gegenseitige Zugeständnisse, also tiefen Friedenswillen, wird es nicht möglich sein. Auch sollten Mussolini und die jetzige englische Regierung vorher verschwinden.

In China ist es „still", d. h. es werden, wie berichtet wird, von den Condottieri-Generälen von Zeit zu Zeit Tausende von politischen Gegnern hingeschlachtet und Landschaften so gross wie Europa von entsetzlichen Hungersnöten heimgesucht. Daran trägt neben Japan gewiss auch Europa eine

grosse Schuld; denn sie könnten und sollten Frieden stiften, stiften aber wahrscheinlich Zwietracht.

Um zu uns zurückzukehren, so ist die russische Friedensaktion, die bei uns, wo Selbstgerechtigkeit in bezug auf uns und verachtender Unglaube gegen andere (ausser, wo diese uns äusserlich imponieren) zu einer tödlichen Gefahr geworden sind, fast nur auf Hohn und Spott stiess, von den entschiedenen Kriegsgegnern anderer Länder überall sehr ernst genommen worden. Und nun müssen sich alle Kräfte auf die in Bälde wieder zusammentretende Abrüstungskonferenz in Genf spannen.

Dass die Völkerbundsstadt, deren Bürgertum sich so sehr in einem naiv-bornierten patriotischem Militarismus gefiel, nun durch die Aktion der Genfer Lehrer so stark antimilitaristisch aufgestört worden ist, hat über die ganze Welt hin alle ernsthaften Kriegsgegner herzlich erfreut und bleibt ein grosser Gewinn. Unsere schweizerischen Militaristen sind dadurch überall nicht wenig erschreckt worden, und es tut ihnen gut. Ihre letzte Hoffnung in dieser Sache: dass wenigstens „l'autorité" die Sechszig gehörig zurückweisen werde, ist auch unerfüllt geblieben. Die Rede, die der neue Erziehungsdirektor Malche über den Gegenstand im „Grossen Rat" hielt, war eher eine Verteidigung als ein Rüffel. Malche hat offenbar nicht umsonst ein feines Buch über Pestalozzi geschrieben und früher antimilitaristische Erklärungen abgegeben! Die Lehrerschaft aber hat den Sechszig durch einstimmige Wahl ihrer Vertreter in den Ausschuss ein glänzendes Zutrauensvotum erteilt. Eppur si muove!

Der Chronist ist letztes Mal unter dem Eindruck, der sich auf unsäglich niedrigem Niveau bewegenden Behandlung dieses Gegenstandes in der bürgerlichen Presse gestanden. Selbstverständlich ist es auch seine Meinung nicht, dass der Lehrer in der Schule antimilitaristische Agitation treibe. Er soll dort überhaupt keine Agitation treiben, aus Achtung vor den Kindern, ihren Eltern und sich selbst. Aber dass die Lehrerschaft als Kollegium eine Frage auf Leben und Sterben, wie die Friedensfrage, die dazu so tief in den Unterricht eingreift, nicht sollte erörtern dürfen, weil es einigen Patrioten in der Nachtmütze nicht passt, und dass sie das ausgerechnet in der Völkerbundstadt nicht tun dürfte, ist denn doch eine starke Zumutung. Der Lehrer, dem jedes einzelne Kind ein Heiligtum sein soll, an das er alle denkbare Liebe und Sorge wendet, soll gleichgiltig sein, ob dieses Kind, herangewachsen (oder jetzt, beim Giftgaskrieg auch schon als Kind) dem Moloch verfällt? Er, dessen Arbeitsziel eine höhere Menschlichkeit ist, sollte geruhsam sein Pfeifchen rauchend zusehen, wie wildeste Unmenschlichkeit alle Kultur verschlingt? Vertretung neuer Wahrheit in der Schule für Alle bleibt immer ein Problem, aber besser ist jedenfalls Wahrheit und Leben in dieser Schule als Lüge und Tod.

Ausgerechnet das Komitee der genferischen Sektion der Vereinigung für den Völkerbund hat sich berufen gefühlt, gegen die Sechszig durch eine Resolution aufzutreten, in der das schweizerische Milizheer „als nicht im Widerspruch zum Fortschritt des Reiches der Gerechtigkeit und des Friedens, welches das oberste Ziel des Völkerbundes sei, stehend", verteidigt wird. Es tut einem leid, unter den dieser Resolution Zustimmenden Männer wie Paul Logoz, William Martin, William E. Rappard, Albert Picot, Paul Pictet, zu sehen, während man sich offenbar nicht mehr wundern darf an dieser Stelle auch Henri Golay, den Sekretär des Internationalen Friedensbureaus, anzutreffen! Die Völkerbundsvereinigungen laufen bei uns Gefahr, eine wahre Stütze unseres schweizerischen Militarismus zu werden. Der „Marxismus" hat denn auch nicht unterlassen, jene Resolution in seinem Sinne zu deuten. Aber etwas sehr Gutes ist doch bei dieser Sache. Das Komitee, in dem Fach-

männer des Völkerbundes von allererstem Rang sitzen, erklärt am Schluss seiner Resolution wörtlich: „Diese Erklärung [gemeint ist die Londoner Erklärung betreffend die militärische Neutralität der Schweiz], von welcher der Völkerbundesrat Akt genommen hat, verbietet der Schweiz natürlich nicht, am Werke der Einschränkung in fortschreitender und allgemeiner Reduktion der Rüstungen, wie sie der Völkerbundspakt vorsieht, teilzunehmen und mitzuarbeiten.“ Damit ist von sehr autoritativer Seite der Wahn zerstört, als ob die Londoner Erklärung unserer Abrüstung im Wege stünde. Ob man nun endlich aufhört, sich darauf zu berufen?

Erwähnt sei noch, dass das Komitee der Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer der Schweiz an die Sechszig ein Schreiben voll warmer Zustimmung gerichtet hat.

Wir Schweizer dürfen uns bei alledem nicht einbilden, dass wir an der Spitze der antimilitaristschen Bewegung stünden. In Deutschland ist auf die Zwickauer Dienstverweigerungs-Aktion eine in Westfalen und Rheinland gefolgt, die bereits rund 137 000 Unterschriften eingetragen hat. In England hat vor kurzem Ponsonby selbst dem Premierminister Baldwin eine Liste mit 130 000 Unterschriften von Engländern übergeben, die erklären, auf keinen Fall an Krieg oder Vorbereitung darauf teilzunehmen. Baldwin bestand darauf, ohne davon gerade erbaut zu sein, sie doch persönlich entgegenzunehmen. Die Reden, die bei diesem Anlass gehalten wurden, sind bedeutsam wie der ganze Akt. Auch in Amerika sind übrigens durch Jane Addams 30 000 solcher Unterschriften abgegeben worden. Das sind Ereignisse, die eine künftige Geschichtsschreibung vielleicht für fast so wichtig halten wird, als einen Fussballmatch oder eine St. Moritzer Olympiade! Wir stehen vor der Tatsache, dass die Dienstverweigerung eine rasch zunehmende Volksbewegung geworden ist. Hans Wehberg, der verdienstvolle Herausgeber der „Friedenswarte“, sagt davon (in der Dezembernummer 1927): „Als unparteiischer Beobachter, der gegen das Tempo und die Form der Propaganda dieser Bewegung in pazifistischen Kreisen noch manche Bedenken hat, muss man zugeben: diese Bewegung marschiert und scheint über kurz oder lang die Welt zu erobern.“

Auch Norwegen will gehörig abrüsten und zwar nicht etwa bloss die Arbeiterschaft. Der paneuropäische Gedanke scheint auch bei uns an Boden zu gewinnen. Letzthin war in Zürich eine sehr lebhafte Auseinandersetzung zwischen Anhängern Paneuropas und des Völkerbundes in überfülltem Saal. General von Schöneich tritt nun scharf für die Dienstverweigerung ein. Lloyd George erklärt: „Bevor die Wehrpflicht in Europa abgeschafft wird, kann nichts erreicht werden.“ Unser Scheurer aber hält in Zürich einen bernisch-geruhsamen Vortrag über die Landesverteidigung, in welchem der Gaskrieg keine Rolle spielt, wohl aber die schweizerische Schiesskunst (die den Fliegern schon imponieren wird), während der militärische Mitarbeiter der Basler „Natonalzeitung“ (Nr. 41, 25. Januar) unwiderleglich nachweist, dass es einen wirksamen Schutz gegen die Giftgase für die Masse der Bevölkerung nicht gibt.

Aktion und Reaktion.

Als ein Fluch der Welt scheint sich immer mehr die englische Reaktion zu erweisen. Neuerdings holt sie zu einem Vorstoss gegen den Achtstundentag und damit gegen das Herzstück der Washingtoner Konvention, damit aber auch gegen den Völkerbund aus; dabei immer versichernd, wie sehr sie diesen unterstütze. Die Indier bringt sie durch hochmütige Unterlassung eines so notwendigen Entgegenkommens vielleicht noch endgiltig zum Abfall. Ihr Freund und Schützling Mussolini verbietet im

Tirol sogar deutsche Inschriften auf Grabmälern und unterdrückt auch den Religionsunterricht in deutscher Sprache. Die Franzosen reizen die Elsässer durch verkehrte Behandlung. In Rumänien lässt man den Sozialisten Bujor im Kerker verkommen — und mit ihm viele andere! Der Balkan ist erfüllt von Greueln. (Auf das Buch von Henri Barbusse: „Die Henker" sei wieder hingewiesen; es ist verlässlich.) Die Bolschewiki schicken Trotzky, Radeck und Genossen nach Sibirien — womit ihnen ja freilich recht geschieht, ohne dass es dadurch recht würde!

Dagegen scheint die Bewegung nach links im übrigen Europa vorwärts zu gehen. Man erwartet viel von den Wahlen, welche die nächsten Jahre bringen sollen. Möge man sich nicht verrechnen. Eine Wahl in Zürich bei der der sozialistische Kandidat beinahe 10 000 Stimmen mehr machte als der aller bürgerlichen Parteien zusammen (mit denen leider fast immer auch die „Evangelischen" halten!) hat der sicher gewordenen bürgerlichen Welt grossen Schrecken eingejagt. Wahlen sind halt eine Sache, die man bei uns ernst nimmt! In Deutschland zeigt sich beim Zentrum eine Reaktion des linken Flügels, d. h. der Arbeiterschaft gegen die Vorherrschaft der Konservativen. Kein unwichtiges Zeichen!

Von den Kirchen.

Das grosse Ereignis auf dem religiös-kirchlichen Gebiet ist die neueste Enzyklika des Papstes „mortalium animos". Sie wendet sicht mit äusserster Schärfe gegen alle „panchristlichen" Bestrebungen, d. h. gegen alle Versuche, die Christenheit zu einigen. Einig kann diese nur werden, wenn die Ketzer und Schismatiker zum apostolischen Stuhl, dem einzigen Verwalter der Wahrheit, zurückkehren, der sie mit väterlicher Verzeihung aufnehmen wird. Stockholm, Lausanne und alle ähnlichen Versuche werden fast verächtlich abgetan.

Die Tragweite dieses Schrittes ist schwer zu überblicken. Mir scheint er für die römische Kirche verhängnisvoll zu sein. Sie versäumt in selbstgerechter Starrheit eine grosse, wohl nie mehr wiederkehrende Gelegenheit. Der Protestantismus darf sich als solcher darüber freuen. Für die kirchlichen Einigungsbestrebungen aber ist es ein harter Schlag. Doch mag er ihnen gut tun, indem er sie zur Vertiefung zwingt. Viele haben wohl allzu behaglich in etwas seichten Einigungsgewässern herumgeplätschert. Es wird etwas anders gehen als man sich's in manchen Kreisen denkt. Die Zeit von 1815—1830 (ich schreibe mit Bedacht so, es ist kein Druckfehler!) wird nicht ewig dauern.

Auf den Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus scheint auch der Streit um die Revision des Prayer-Book in England hinauszulaufen. Vielleicht merken einige, dass für solche Dinge die Zeit vorbei ist. Sonst muss Gott es ihnen anderswie zeigen. Der Auftritt in St. Pauls, wo ein Vertreter eines etwas flachen Evolutionismus auf der Kanzel durch eine Prozession, geführt von einem anders denkenden kirchlichen Würdenträger, gestört wurde, weist, wie der Kohlenstreik, die Arbeitslosigkeit, die ganze Lage des englischen Weltreiches auf andere Aufgaben. Aber das beste ist die entstandene Unruhe. Sie wird weiter führen.

Wichtiger noch als die „Reservation der Abendmahlselemente" ist, dass die Kirchen keine Munitionsdepots werden — weder im geistigen noch physischen Sinne des Wortes. Im letzteren Sinne fand sich ein solches in der Kirche von Muri bei Bern. Es stammt aus der Zeit des „Bürgerkrieges" der Jahre 1918 und 1919. Schöne Bestimmung einer Kirche! Wie gut macht sich in einer solchen Kirche das Weihnachtsevangelium, wie prächtig klingt da das Lied: „Herz und Herz vereint zusammen!" Und es scheint nicht die einzige bernische Kirche dieser Art zu sein. Die Berner mögen sich trösten: in der Jesuitenkirche in München wurde ebenfalls ein solches Munitionslager

entdeckt. Das ist wenigstens eine Form von kirchlicher Einigung! Vielleicht überlegt man das beim gerade jetzt stattfindenden Berner Reformationsjubiläum.

Die Kirche ist tatsächlich das schlimmste Munitionsdepot des Weltkrieges gewesen, für den sie ja auch die Glocken hergegeben hat. Dass sie aufhöre, dies zu sein, und das Gegenteil werde, dafür müssen besonders auch die antimilitaristischen Pfarrer sorgen, die im August zu Amsterdam einen Kongress halten, wovon ein andermal mehr![1])

Verschiedenes.

Am Berner sozialdemokratischen Parteitag haben trotz der Spielbankbegeisterung der „Tagwacht", die in kapitalistischen Argumenten mit der „Neuen Zürcher Zeitung" wetteifert, doch 60 Genossen die Initiative verworfen und wenigstens Freiheit der Stimmabgabe durchgesetzt. Das ist an sich wenig, aber unter diesen Umständen viel. (Der im letzten Heft gemeldete Beschluss war der einer Delegiertenversammlung, nicht des Parteitags.)

Graf Keyserling hat scheints in einem Buche, das er „Spektrum Europas" nennt, neuerdings arg über die Schweiz geschimpft, einiges Wahre mit viel Törichtem vermischend. Schade, es täte uns ja sonst so gut, einmal von einem illustren Ausländer die Wahrheit über uns zu hören! Wenn bei diesem Anlass die ganze Philosophie dieses hochbegabten, aber im Grunde haltlosen Geistes ein wenig an Kredit verlöre, wär's kein Nachteil.

Ein Veteran.

Zum Schlusse sei noch erwähnt, dass unser Freund Herbert Stead, der Leiter des Browning Settlements in Südlondon und Bruder des bekannten, mit der „Titanic" untergegangenen William Stead, gestorben ist. Er war einer der eifrigsten, tapfersten und gläubigsten Vorkämpfer wie einer Verbindung von Religion und Sozialismus, so auch des Friedensgedankens. Seine Labour Week (Woche der Arbeiterbewegung), die regelmässig anfangs Mai in seinem Settlement stattfand, hatte den besondern Zweck, Arbeiterbewegung und Christentum zusammenzubringen. Hervorragende Arbeiterführer wie Keir Hardy und Alfred Henderson, aber auch Emil Vandervelde und Jean Longuet hielten dort Reden. Eine Reihe von Bändchen zeugen davon. Auf einem sehr eigentümlichen Wege ist er der Urheber der ersten Haager Friedenskonferenz geworden. Durch ihn wurde der russische Zar dafür gewonnen, er selbst aber bekam den Auftrag auf sehr mystische Weise. Stead hat als Arbeiter inmitten der Londoner Slums (wo der Schreibende eine Zeitlang sein Gast war) ein grosses Werk voll Selbstverleugnung getan, ein Arbeiter Gottes. Er besass einige Fehler und viele edelsten Vorzüge englischen Wesens.

„Sie haben einen guten Mann begraben,
Mir war er mehr."

Schweizerische Probleme. Inmitten der allgemeinen schweizerischen Zerrissenheit, Verflachung und Stagnation regt sich da und dort doch ein Zeichen von schweizerischem Leben, von Besinnung über die Probleme der heutigen Schweiz, von Bemühung, über die Niederungen unseres heutigen politischen Wesens hinauszukommen. Ueber solche Versuche freuen wir uns stets von Herzen und wollen davon, soweit uns das möglich ist, unsern Lesern Kunde geben. Für diesmal seien drei Tatsachen dieser Art erwähnt.

1. Die Neue Helvetische Gesellschaft könnte eigentlich ein treffliches Organ für jene vorhin angedeutete Aufgabe sein, besonders auch

[1]) Dass der neugewählte Fürstprimas von Ungarn sich mit einer nationalistischen Proklamation einführte, in deren Hintergrund Krieg steht, ist auch Munitionskirchentum.

in dem Sinne, dass sie seine, über den religiösen, politischen und sozialen Parteien stehende Plattform für eine gemeinsame schweizerische Aussprache darstellte. Diese Rolle hat sie auch von Zeit zu Zeit gespielt. Während des Krieges z. B. hat sie an der Behauptung eines schweizerischen Standpunktes gegenüber dem Auseinanderstreben der verschiedenen Parteinahmen für die Kriegführenden eine wichtige Rolle gespielt. Weniger gewachsen hat sie sich der Aufgabe gezeigt, durch die jene abgelöst wurde: einen schweizerischen Standpunkt und damit einen Zusammenhalt gegenüber den sozialen Gegensätzen zu suchen. Ganz vernachlässigt hat sie auch diese Aufgabe nicht, aber es ist ihr nicht gelungen, in ihrem Schosse diese Gegensätze zu einer regelmässigen Aussprache zu bringen. Dazu war sie zu einseitig aus den bürgerlichen oder doch nichtsozialistischen Kreisen zusammengesetzt. Ob das nur ihre Schuld war, weiss ich nicht; es wäre wohl nicht leicht gewesen, sozialistische Kreise zur Mitarbeit zu bewegen. Vielleicht, dass sich dies Letztere inzwischen etwas geändert hat. Eine schöne und gute Sache wäre es jedenfalls, wenn die Neue Helvetische Gesellschaft dazu käme, ein völlig überparteiisches Forum für eine schweizerische Verständigung zu sein.

Einen wertvollen Beitrag an diese besondere soziale Aufgabe der Neuen Helvetischen Gesellschaft bildet jedenfalls der Vortrag, den Dr. Werner Ammann (der ehemalige Redaktor der „Neuen Schweizer Zeitung") in ihrem Schosse über das Thema: „Demokratie und soziale Entwicklung" gehalten hat. Mit einer Höhe und Freiheit des Urteils, die man sonst so schmerzlich vermisst, wird darin aufgezeigt, dass die Demokratie eine soziale Voraussetzung hat, aus der sie jedenfalls in der Schweiz entstanden ist und ohne die sie nicht bestehen kann: eine weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit der Masse des Volkes, dass diese Voraussetzung infolge der modernen wirtschaftlichen Umwälzung nicht mehr vorhanden ist, aber wiederhergestellt werden muss. Dr. Ammann meint dies nicht gerade in ausgesprochen sozialistischem Sinne; man freut sich aber jedenfalls über Sätze wie folgende: „Ich möchte daran erinnern, dass nicht abstrakte Vorzüge und persönliche Liebhabereien allein über Werden, Sein und Vergehen der Demokratie und anderer Regierungsformen entscheiden, sondern dass es auch und vor allem von sozialen und kulturellen Faktoren abhängt, ob Demokratie entstehen und lebensfähig bleiben kann." „Der Kampf darum, ob in unserem Lande der freie Vollbürger oder der hörige Unfreie den Kern des Volkes bilden soll, ist im Gange, der Kampf darum, ob unsere Demokratie ein blosser ehrwürdiger Zopf oder eine lebendige Wahrheit bleiben soll. Die Tatsache, dass die schweizerische Eidgenossenschaft im siegreichen Widerstreit mit dem sonst überall sich durchsetzenden fürstlichen Absolutismus entstanden ist, gibt uns den Mut, auch heute an die erfolgreiche Abwehr der Gefahren zu glauben, die unsere Demokratie bedrohen. Unser Volk mit seiner grossen Zahl freier Bauern und Kleinbürger, mit dem trotzigen Unabhängigkeitssinn, der auch noch im Herzen manches äusserlich abhängigen Mannes lebendig ist, wird sich aufraffen und sein Haus so ordnen, dass niemand vogelfrei und niemand hörig werden kann." „Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller Bürger, das ist die unerlässliche Grundlage für die Erhaltung und das befriedigende Funktionieren der Demokratie. Denn nur ein in seinem wirtschaftlichen Dasein einigermassen gesicherter Bürger bringt die Anteilnahme am Wohl des Ganzen auf, die nun einmal die Voraussetzung aller Volksherrschaft bildet." „Eine weitere Aufgabe liegt in der sogenannten wirtschaftlichen Demokratie. Auf die Dauer lässt sich der Gegensatz zwischen politischer Demokratie und wirtschaftlichem Absolutismus nicht niederhalten: entweder greift der Absolutismus auch auf die Politik über oder es gelingt der Demokratie, ihn auf dem Gebiete der Wirtschaft zu bändigen." „Wieder einmal steht die Menschheit am Scheidewege zwischen Demokratie und Absolutismus. Werden die demokratischen Kräfte, welche infolge des Ausganges des Weltkrieges obenauf zu schwingen scheinen, sich behaupten können oder wird

die freiheitliche Entwicklung der letzten hundert Jahre durch den politischen und wirtschaftlichen Absolutismus rückgängig gemacht werden? Entweder gelingt es, die Proletarisierung unseres Volkes aufzuhalten durch eine weitblickende Sozial- und Erziehungspolitik oder unser Staatswesen wird unter Wahrung der äusseren Formen der Demokratie solange weitervegetieren, bis es einem Ansturm von aussen oder inneren Wirren erliegt."

Wenn solche Wahrheiten innerhalb der nichtsozialistischen schweizerischen Kreise durchdrängen, ja, auch nur da und dort deutlich vertreten würden, könnte sich bald vieles ändern. Man bedauert ob diesen Sätzen von neuem, dass die „Neue Schweizer Zeitung" nicht leben konnte. Welch eine Aufgabe hätte sie gehabt!

2. Ein weiteres Zeichen einer sich regenden schweizerischen Besinnung ist der Vortrag, den wieder an der Jahresversammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft (1925) Prof. Dr. Hans Nabholz in Zürich über das Thema: „Das Problem der Verantwortung in der schweizerischen Demokratie" gehalten hat. Schon die Wahl des Themas ist bedeutsam: Verantwortung. Das ist in der Tat das Grundwort der Demokratie. Wo es mit der Verantwortung schlecht steht, steht es auch mit der Demokratie schlecht. Denn die Demokratie ruht auf der Voraussetzung eines strengen Verantwortungsgefühls aller Glieder der demokratischen Gemeinschaft, sowohl in ihrem persönlichen Leben, als auch gegenüber der Gemeinschaft selbst. Nun weist Professor Nabholz nach, dass es gerade daran bei uns fehlt und zwar führt er diesen Nachweis zunächst in bezug auf den verfassungsmässigen Aufbau der Demokratie. Es fehlt an Verantwortung der Exekutive gegen die Legislative und umgekehrt; es fehlt vor allem an Verantwortung bei der Grundlage der Demokratie: beim Volke, wenn es seine Vertreter wählt. Denn es fragt dabei immer weniger nach der persönlichen Eignung und immer mehr bloss nach der Parteizugehörigkeit, während die immer schwieriger werdenden Aufgaben eines modernen Staatswesens gerade umgekehrt viel mehr Wissen, Erfahrung und andere persönliche Vorzüge verlangen, als dies früher der Fall war. Die so Gewählten ihrerseits fühlen sich weder der Exekutive, die sie kontrollieren sollten, noch ihren Wählern gegenüber, denen sie Rechenschaft ablegen müssten, verantwortlich. Umgekehrt kümmern sich weder Exekutive noch Wähler viel um sie. Also allgemein Verantwortungslosigkeit, Herrschaft des Dilettantismus, Verlotterung des Parlamentarismus und maskierte Diktatur einzelner geriebener Machtpolitiker.

Als Abhilfe schlägt Professor Nabholz vor: eine genauere Feststellung der Kompetenzen und Verantwortungen, Einschränkung des demokratischen Wahlrechtes auf die wichtigen Behörden und Funktionäre, strengere Massstäbe für die Eignung zu öffentlichen Aemtern, engere Verbindung der Wähler mit den Gewählten im Sinne einer grösseren Kontrolle dieser durch jene. Besonders interessant ist für uns seine Forderung eines Wirtschaftsparlamentes, d. h. einer gesetzgebenden Behörde, die nicht die politischen Parteien, sondern die wirtschaftlichen Interessenkreise verträte und in welche naturgemäss viel eher Leute gewählt würden, die etwas von der Sache verstünden. Auch ein enger Kontakt dieser Vertreter mit ihren Wählern ergäbe sich aus jener Voraussetzung von selbst. Ob Professor Nabholz dieses Wirtschaftsparlament an Stelle des heutigen, der Form nach rein politischen Parlamentes oder neben dieses setzen will, ist mir aus dem Vortrag nicht klar geworden.

Im übrigen stimmt dieser Vorschlag mit dem überein, was auch wir seit langer Zeit fordern. (Vgl. z. B. „Die neue Schweiz", Kapitel: „Die neue Demokratie" und „Ein sozialistisches Programm", Abschnitt: Das politische Programm). Ich bin sicher, dass die Entwicklung diese Richtung innehalten wird: Räteprinzip statt Parlamentarismus.

Das allgemeine Problem der demokratischen Verantwortung aber, worin

Ethik und Politik so stark sich begegnen, führt seinerseits auf das Problem der Erziehung zur Demokratie, wobei überhaupt ihre geistigen Grundlagen in Frage kommen. Darauf weist Professor Nabholz am Schlusse hin — und dieser Hinweis bedeutet wieder sehr grosse Aufgaben.

Bundespräsident Schulthess und die Ueberwindung des Materialismus. Die Ueberwindung des Materialismus, besonders des praktischen (denn der theoretische ist ja nun für eine Weile „erledigt"), ist sicherlich eine unserer grossen Aufgaben. Und es ist keine leichte Aufgabe. Da ist es denn eine frohe Kunde, zu wissen, wie er überwunden werden kann und dass er schon beinahe überwunden sei. Das Merkwürdigste an der Sache ist, dass diese Ueberwindung ausgerechnet in St. Moritz geschehen soll (und zum Teil geschehen ist!) und dass gerade Bundespräsident Schulthess das Geheimnis entdeckt hat. Seine Tätigkeit als Chef des Volkswirtschaftsdepartements während der Kriegs- und Nachkriegszeit mag ihn dazu besonders vorbereitet haben. So sprach er denn am Bankett der St. Moritzer Olympiade im Palacehotel, einem Ort, der sich für diese Offenbarung besonders eignete, die Entdeckung aus: „Die olympische Bewegung möchte, wenn sie richtig verstanden wird, die Menschheit vor jenem Materialismus bewahren, der seine Befriedigung nur in mühelosem Genusse sucht. [In St. Moritz mag der Genuss manchmal wirklich etwas mühsam werden!] Sie lehrt, dass nur Anstrengung und Arbeit glücklich machen, und sie führt den Menschen hinaus in die Natur, die ihn stärkt und veredelt [wenn er sie nicht verwüsten hilft!] Durch seine harmonische Ausbildung des Geistes und des Körpers will die olympische Bewegung endlich eine Gesinnung herausbilden, die den Idealen zugänglich ist [Ideal ist in der Auffassung des Redners offenbar gleich Rekord] und den Menschen davor bewahrt, in der materialistischen Flut zu ertrinken."

Das wär's also. Und nun können Philosophen und Erzieher, Bekenner und Märtyrer Mühen und Leiden sparen: man macht das in St. Moritz ab, vielleicht daneben noch ein wenig im Bundeshaus zu Bern, in Anwendung des Schulthessischen Grundsatzes: „Man muss die Menschen nehmen wie sie sind, und nicht wie sie sein sollten." Eins nur hat der Bundespräsident vergessen, das doch auch dazu gehörte: die Spielbanken! Ohne sie ist eine richtige Ueberwindung des Materialismus nicht denkbar.

Nochmals von ultramontaner Polemik. Ich habe letzthin ein Müsterchen ultramontaner Polemik aus dem christlichsozialen „Morgen" festnageln müssen und muss heute zwei weitere Beispiele hinzufügen.

Ende November hielt ich in Genf einen Vortrag über das Thema: „Was ist und will der religiöse Sozialismus?" Darüber erschien im „Courrier de Genève", dem Organ der dortigen Katholiken, ein Aufsatz, der eine einzige grosse, zum Teil lächerliche Entstellung war. Ich hatte von einem „heiligen Materialismus" geredet, den der religiöse Sozialismus vertrete (die Leser der „Neuen Wege" wissen wohl, was ich damit meine) und mich ausdrücklich auf die Gleichnisse Jesu vom barmherzigen Samariter und vom Weltgericht bezogen, flugs werde ich zum Vertreter des Materialismus im vulgären Sinne gemacht. Dabei spielte ein Druckfehler eine Rolle: aus dem „saint" wurde ein „sain" und auf dieses „sain" wurde nun ein ganzes Gebäude von Entstellung gesetzt. Ich hatte eine Mystik abgelehnt, die im Namen des inneren Lebens das äussere gering schätzte. Flugs wurde behauptet, ich habe den christlichen Glauben verleugnet. Dann wurde ich weiter zum Vertreter des üblichen theologischen Liberalismus und, was noch schöner ist, der Vergötterung des Staates im Sinne Hegels gemacht und so fort!

Dabei war der Kritiker gar nicht in meinem Vortrag gewesen, sondern

urteilte auf Grund einiger Zeilen im „Journal de Genève". Einer Berichtigung folgte ein zweiter Aufsatz voll Jesuitismus, ohne jeden Willen zur Wahrheit.

Mir zeigt diese ultramontane Polemik aufs neue, welche Angst man in jenen Kreisen vor dem „religiösen Sozialismus" hat. Aus dieser Angst heraus versucht man diesen auf die Linie des Unglaubens, jedenfalls von der Linie des christlichen Glaubens wegzuschieben, ihn dem vulgären Marxismus gleichzustellen oder, im günstigsten Fall, als eine unklare, phantastische Sache hinzustellen. Aus dem gleichen Grunde muss natürlich der wirkliche Sozialismus als Atheismus und Materialismus hingestellt werden. Man sieht, wie gefährlich diesem Katholizismus ein Sozialismus vorkommt, der nicht in dem törichten Bund mit der Freigeisterei steht und wie sehr ein Sozialismus, der dieses Bündnis eingeht, der Sache schadet.

Ein weniger wichtiges Beispiel berührt die folgende Zuschrift:

„In Nr. 536 der Ostschweiz vom 18. November befindet sich ein kleiner Artikel: Prof. Ragaz, der Untergraber des Wehrwillens. Es ist eine Abhandlung über einen Vortrag Herrn Prof. Ragaz in Wetzikon. Unter anderem heisst es in diesem Artikel: „Herr Prof. Ragaz habe die unfassbare These vertreten, die kleinen Staaten müssten beginnen abzurüsten. Er müsse wissen, dass uns 1914/18 nur die Armee vor einer Ueberschwemmung durch fremde Heere und vor dem furchtbaren Schicksal, Kriegsschauplatz zu werden, bewahrt habe. Wenn er das Gegenteil predige, setze er sich eben in direkten Widerspruch zur Wahrheit." Oder auch nicht! Hören wir einmal General Wille in seinem Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1914/1918.

„Bei aller Anerkennung des guten Willens und der Ausbildung war der innere Halt unserer Truppen bei Kriegsausbruch vielerorts ungenügend. Ein gnädiges Schicksal hat der Armee die Probe hierauf erspart." oder:

„für mich steht fest, dass ein Krieg im August 1914 uns das frühere oder spätere Versagen vor dem Feinde gebracht hätte."

„Ein dritter Teil der Infanterie versagte schon in den ersten Tagen der Kriegsmobilmachung. Unsorgfältige Pferdepflege in Batterien, gleich wie im Train der andern Waffen stellte schon sehr bald die Kriegstüchtigkeit in Frage."

„Ein wunder Punkt in unserer Kriegsbereitschaft zu Beginn des Weltkrieges und noch jahrelang war die ganz ungenügende Ausrüstung der Armee mit Munition."

Diese Beispiele werden genügen, um dem militaristischen Patriotismus einen kleinen Dämpfer aufzusetzen.

Wie war es übrigens mit Belgien? Sobald Deutschland von der Geheimdiplomatie Belgiens mit Frankreich und England erfuhr, schlug es eben los. Wir wären in diesem Falle jedenfalls nicht anders weggekommen.

Wie Herr Prof. Ragaz verkannt „werden will", sieht man auch aus einer Stelle des Ostschweizartikels, durch den Vorwurf seiner nahen Beziehungen zu Russland. Würde er mit den Gewaltmenschen in Russland gemeinsame Sache machen, so würde sich sicher der Grossteil seiner jetzigen Freunde und Anhänger von ihm zurückziehen. Die Wahrheit ist also leicht zu erkennen."

F. M.

Basel. „Aufbau und Neue Wege"-Kreis. An unserer März-Zusammenkunft wird unser Freund Ernst Wolf zu uns sprechen und zwar über den Verfasser des Werkes „Zur Psychologie des Sozialismus", Hendrik de Man. Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen um zahlreiches Erscheinen, wenn möglich mit weiteren Interessenten. Zusammenkunft: Donnerstag, den 1. März, abends präzis 8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5.